

Von 34.885 Libanesen kriegen 30.000 Hartz IV

Von 34.885 in Deutschland lebenden Libanesen bekommen 30.000 Hartz IV, 4072 halten sich im Land illegal auf – das sind 11,7 Prozent! Dies berichtet BILD heute. Gleichzeitig wird auf die Nicht-Abschiebung der kriminellen libanesischen Gangs eingegangen. BILD ist aber nur halb informiert, denn unter den sogenannten „Libanesen“ befinden sich durchaus auch türkische Asylbetrüger, die damals ihren Paß weggeworfen haben und sich als Libanesen ausgaben, der deutsche Trottelstaat hat sie gerne aufgenommen und ernährt sie.

Der BILD-Artikel gibt auch ein bißchen Akteneinsicht in die Täterliste! Natürlich ist es gar keine Frage, daß wir auch tausende libanesische Asylbetrüger im Land, aber witzigerweise auch im Libanon haben. Beim letzten Krieg dort unten flohen über 10.000 nach Europa zurück, viele hatten deutsche Pässe.

Dieser Personenkreis bezieht hier Sozialhilfe als mit dem Leben bedrohter Asylant, und ist gleichzeitig längst zurückgekehrt und erfolgreicher, gut verdienender „Geschäftsmann“ im Libanon. Die Stellung in Berlin, Bremen oder sonstwo hält eine der Ehefrauen oder andere Verwandte. Warum soll man das geschenkte Geld und die geschenkte Wohnung aufgeben? Man wäre doch blöd. Keine Behörde untersucht, wo die Typen in Wahrheit stecken. Der deutsche Michel zahlt den Schwindel – oder müssen wir „Bereicherung“ sagen!

Dschihad getarnt als „Friedensmission“



Die angebliche Gaza-„Hilfsgüterflotte“, die vor dem Eindringen in israelische Gewässer unter Einhaltung des Seerechts gestoppt wurde, ist mitnichten ein harmloser Sonntagspicknick-Ausflug. Von Anfang an war von „Dschihad gegen Israel“ die Rede – der Konflikt mit Israel berechnet und von der Türkei aus geplant. Neue Videos zeigen deutlich die Brutalität, die von den an der „humanitären“ Aktion Beteiligten ausgeht. Mit an Bord befinden sich auch fünf deutsche Aktivisten.

Zwei Abgeordnete der Linken-Fraktion, Inge Höger und Annette Groth (die auf der Hamas-Konferenz in Berlin gesprochen hat), Matthias Jochheim, stellvertretender Vorsitzender der anti-israelischen IPPNW, Norman Paech, emeritierter Hochschullehrer und IPPNW-Beiratsmitglied sowie der in Deutschland lebende Palästinenser Nader el Saqa von der Palästinensischen Gemeinde Deutschland.

Bereits einen Tag bevor die Flotte die israelische Marine konfrontierte, berichtete Al-Dschasira in Kampfstimmung und strahlte die Schlachtlieder der Besatzung aus:

Khaybar, Khaybar, oh Juden!

Die Armee Mohammeds wird über euch kommen!"

Khaybar war der Name des letzten jüdischen Dorfes, das von Mohammeds Armee 628 überfallen wurde. Viele Juden wurden in dieser Schlacht ermordet. Damit endete das jüdische Leben in Arabien.

Im Video erklärt eine Muslimin, warum die Gaza-Flotte auf jeden Fall siegreich sein wird:

Entweder wir erlangen die Schahada (den Märtyrertod) oder den Durchbruch nach Gaza

Aufgestachelt vom Hass gegen Israel, fiel es den auf den Schiffen Wartenden nicht schwer, ihre Aggression auf die eintreffenden IDF-Soldaten zu entladen. Am deutlichsten ist dies in folgendem Video von der „Mavi Marmara“ zu sehen:

Ein israelischer Soldat wird angegriffen und aufs untere Deck geschleudert. Die Angreifer benutzen Metallstangen. Dutzende stürzen sich auf einen IDF-Soldaten und versuchen, ihn gefangen zu nehmen. Die Soldaten werden mit Blendgranaten und Brandbomben beschossen. Auf diesem Schiff befanden sich demnach eindeutig keine „Friedensaktivisten“ sondern bewaffnete Extremisten, bereit für den Dschihad gegen Israel ihr Leben zu opfern.

Nahaufnahme der Aggressionen gegen die IDF-Soldaten:

Dass die Schiffe mit Waffen beladen waren, ist auf diesen Bildern zu sehen:

Aber in Deutschland heißt es immer noch, Israel habe „unverhältnismäßig“ gehandelt und eine „humanitäre Friedensmission“ aufgehalten – das verkündete sogar die Kanzlerin in ihrer heutigen Pressekonferenz.

Falls die türkische Regierung selbst in die Aktion der Gaza-Flotte verwickelt sein sollte, weil Erdogan sich als Kämpfer gegen Israel wieder an die Spitze der arabischen Welt setzen möchte, wie einst seine osmanischen Vorbilder, könnte die Lage in der Region noch brandgefährlich werden.

» Lizas Welt: Aufgebrachte Narrenschiffe

(Foto: Verletzte IDF-Soldaten werden nach Haifa gebracht / Wir danken allen Spürnasen, die zu unseren heutigen Berichten beigetragen haben, besonders Zahal, Templar und Daniel Katz)

Türkei erlaubt Kindersex





Bisher war Sex mit Kindern unter 15 Jahren in der Türkei strafbar – doch im Juli wurde dieses Gesetz vom türkischen Verfassungsgericht gekippt. Die Begründung: Kinder zwischen zwölf und 15 Jahren könnten die Bedeutung eines sexuellen Aktes durchaus verstehen und daher ihre Zustimmung geben... *(Klar, die islamische Kinderehe darf nicht länger verboten sein! Wie alt war die Aische, als Mohammed sie in sein Ehebett legte?)*

Sigmar Gabriel: Türken haben Deutschland aufgebaut



„Deutschland hat viel davon profitiert, dass Menschen aus anderen Teilen der Welt, insbesondere der Türkei, nach dem zweiten Weltkrieg zu uns gekommen sind und das Land aufgebaut haben.“ Diese völlig faktenfreie Behauptung kommt nicht etwa wie gewohnt von türkischer Seite, sondern aus dem Mund des

deutschen Außenministers Sigmar Gabriel (SPD).

Gabriel verbreitete die Wiederaufbaulüge unwidersprochen am 6. Januar bei einer Pressekonferenz mit dem türkischen Außenminister Mevlüt Cavusoglu in Goslar (hier ab Minute 3.14).

Nachfolgend die für jeden nachprüfbaren Fakten hinsichtlich der Anwesenheit von zig Millionen Türken in Deutschland, und deren Beitrag zum Wiederaufbau des Landes:

Am 31. Oktober 2017 jährte sich zum 56. Mal (1961) die Unterzeichnung des Gastarbeiterabkommens zwischen Deutschland und der Türkei. Im Gegensatz zum gerne von türkischer Seite erzählten Mythos „Deutschland hat türkische Gastarbeiter nach dem Krieg geholt und diese haben das Land wieder aufgebaut“, ging der Wunsch nach einem Abkommen nicht von Deutschland aus, sondern von der Türkei.

Sowohl die Türkei als auch die USA hatten ein großes Interesse am Zustandekommen dieser Vereinbarung. Ein starkes Bevölkerungswachstum in der Türkei hatte zu hohen Arbeitslosenzahlen geführt. Diese hoffte man durch das Abkommen zu reduzieren. Außerdem sollten zurückkehrende Fachkräfte mit ihrem neu erworbenen Know-how die Effizienz der heimischen Industrie steigern. Ziel der USA war eine ökonomische Stabilisierung der Türkei, die 1952 in die NATO aufgenommen worden war.

Hierzu führt Dr. Stefan Luft in seinem 2006 erschienen Buch „Abschied von Multikulti“ aus:

Die Initiative für das deutsch-türkische Anwerbeabkommen ging, was wenig bekannt ist, von der Türkei aus. Die Türkei hatte ein erhebliches Interesse daran, einen Teil der rasch anwachsenden Bevölkerung befristet als Gastarbeiter ins Ausland zu schicken. Neben der Entlastung des eigenen Arbeitsmarktes versprach sie sich zu Recht dringend benötigte Deviseneinnahmen sowie einen Modernisierungsschub durch

zurückkehrende Gastarbeiter, die sich entsprechende Qualifikationen angeeignet haben würden. Rund 77 Prozent der Erwerbstätigen waren damals in der Landwirtschaft tätig, nur etwa zehn Prozent in der Industrie. „Sowohl Anfang der sechziger Jahre als auch zu Beginn der siebziger Jahre war die Türkei darauf angewiesen, Arbeitskräfte ins Ausland zu schicken, da sie nur auf diese Weise die Arbeitslosigkeit im Lande reduzieren und mit Hilfe der regelmäßigen Gastarbeiterüberweisungen ihr hohes Außenhandelsdefizit ausgleichen konnte.“

In Ihrem Buch „Diplomatische Tauschgeschäfte. ‘Gastarbeiter’ in der westdeutschen Diplomatie und Beschäftigungspolitik 1953-1973“ führt Heike Knortz das Zustandekommen des Vertrages auch auf außenpolitischen Druck der USA zurück:

Zunächst reagierte die Bundesregierung zurückhaltend auf das Angebot. Arbeitsminister Theodor Blank lehnte das Angebot zunächst ab. Da er die kulturell-religiöse Distanz und mögliche aus dieser resultierende Konflikte als zu groß einschätzte, des Weiteren bestünde zunächst auch kein Bedarf an türkischen Arbeitskräften, da das Potenzial an deutschen Arbeitslosen aus strukturschwachen Regionen noch nicht hinreichend ausgeschöpft sei. Aufgrund des außenpolitischen Drucks der USA, welche nach der geostrategisch motivierten Aufnahme der Türkei in die Nato dieses Land ökonomisch stabilisieren wollte, übernahm das bundesdeutsche Außenministerium, im Gegensatz zum ursprünglich zuständigen Arbeitsministerium, die Verhandlungsführung mit der türkischen Republik. Bei Abschluss des Abkommens standen die außenpolitischen Ziele der Nato, sowie die innenpolitischen und wirtschaftlichen Ziele der Türkei im Vordergrund. Insbesondere erhoffte sich die Türkei einen Rückgang der hohen türkischen Arbeitslosenzahlen, welche durch ein dauerhaft über dem Wirtschaftswachstum liegendes Bevölkerungswachstum verursacht waren.

Das Problem des explosionsartigen Anwachsens der eigenen Bevölkerung (von 1955 bis 1975 stieg die Bevölkerungszahl in der Türkei von 24 auf 40,2 Millionen Menschen) wurde zumindest damals noch von türkischer Seite aus offen zugegeben. Helmut Schmidt (SPD, deutscher Bundeskanzler 1974 bis 1982) berichtete in der Wochenzeitung "Die Zeit" (Heft "Zeit-Punkte", Nr. 1/1993) über ein Schlüsselerlebnis mit dem türkischen Ministerpräsidenten Demirel:

Ich kann mich gut daran erinnern, als ich ihn das erste Mal traf. Das muss anderthalb Jahrzehnte her sein. Wir trafen uns in Ankara. Er war damals Regierungschef und hat zu mir gesagt: „Wissen Sie, Herr Schmidt, bis zum Ende des Jahrhunderts müssen wir noch fünfzehn Millionen Türken nach Deutschland exportieren.“ Und ich habe zu ihm gesagt: „Das wird nicht stattfinden, das werden wir nicht zulassen.“ Da hat er gesagt: „Warten Sie mal ab. Wir produzieren die Kinder und Ihr werdet sie aufnehmen.“

Es ließen sich von 1961 bis 1973 viermal so viele Bewerber bei der „Deutschen Verbindungsstelle“ der Bundesanstalt für Arbeit registrieren, wie tatsächlich nach Deutschland vermittelt werden konnten. Neben den Überweisungen der Gastarbeiter und der Verbesserung der türkischen Handelsbilanz gegenüber der Bundesrepublik Deutschland erhoffte sich die Türkei auch durch die Rückkehr der in Deutschland mit moderneren Produktionstechniken vertraut gewordenen Arbeitskräften im Rahmen des vereinbarten zweijährigen Rotationsprinzips eine Effizienzsteigerung der eigenen Industrie (Know-How-Transfer). Aufgrund der Vertragsbedingungen, insbesondere des vereinbarten zweijährigen Rotationsprinzips, gab es keine Überlegungen oder gar Planungen hinsichtlich einer dauerhaften Ansiedlung der türkischen Zuwanderer, denn dies war in den Vertragsbedingungen explizit nicht vorgesehen. Dass das Abkommen keinen wirtschafts- sondern einen außenpolitischen Hintergrund hatte, wurde es auch folgerichtig nicht vom Wirtschafts- sondern vom Außenministerium verhandelt und

abgeschlossen. Ein Volk, das weltweit für seinen Fleiß, Handwerkskunst und Erfindergeist bekannt, bereits 1959 hinter den USA wieder zweitstärkste Wirtschaftsnation ist, war mit Sicherheit nicht auf größtenteils ungelernete Türken zum „Wiederbau“ seines Landes angewiesen. 1961 gab es in Deutschland nichts mehr zum „wiederaufbauen“. Eine gute Gelegenheit zum Wiederaufbau hätte es hingegen in der Türkei gegeben:

Er kommt selbst aus diesem Gebiet um die Städte Erzurum, Mus und Varto. „Als dort 1966 ein Erdbeben wütete, ließ die türkische Regierung viele Überlebende, die Hab und Gut verloren hatten, als Gastarbeiter nach Deutschland rekrutieren. Tausende kamen nach Berlin.“

Bereits 1971 wurde das Abkommen wieder gekündigt, 1983 zahlte man „Rückkehrprämien“, damit Türken wie ursprünglich vereinbart in die Türkei reimmigrieren.



Das Foto zeigt das fränkische Würzburg im Jahre 2011, als zu Ehren der „dringend benötigten“ türkischen Gastarbeiter die Innenstadt flächendeckend mit türkischen Fahnen verschandelt wurde.

Diese eindeutige Faktenlage passt der Türkei nicht so recht in ihr eigenes Geschichtsbild. So behauptete hinsichtlich des bevorstehenden 50ten Jahrestages des Abkommen im März 2011 der damalige „Minister für Auslandsbeziehungen“ Faruk Çelik:

*[...] In Anspielung auf die deutsche Kritik an türkischen Migranten erinnerte der Minister die Bundesrepublik auch daran, dass die Auswanderung keine Idee der Türken war: „Die Leute gingen, weil man nach ihnen rief.“ Nun müsse sich Deutschland verstärkt um eine gute Integration bemühen, was bedeute, „Kultur und Religion“ der Türken zu respektieren.
[...]*

Ebenso gab der damalige türkische Staatspräsident Abdullah Gül das Märchen vom dringend benötigten türkischen Gastarbeiter zum Besten:

„Die Türken sind damals einer Einladung gefolgt. Deutschland brauchte Arbeitskräfte, die Türken machten sich auf den Weg.“

Selbst die Bundesregierung klammerte, aus welchen Gründen auch immer, die Geschichte des Zustandekommens der Anwerbung aus:

Der Anwerbevertrag zwischen Deutschland und der Türkei wurde Ende Oktober 1961 in Bad Godesberg unterzeichnet. Beide Länder waren an einer engeren Zusammenarbeit interessiert. Zum einen brauchte Deutschland zur Zeit des „Wirtschaftswunders“ Arbeitskräfte, zum anderen wollte die Türkei ihre Landsleute durch einen Auslandsaufenthalt weiter qualifizieren.

Ehemalige deutsche Bundeskanzler und Minister verzichteten auf falsche Rücksichtnahme bei Ihrer Bewertung der Folgen des Abkommens wie nachfolgende Zitate belegen:

Helmut Schmidt (SPD) in der Wochenzeitung „Zeit“ vom 5.2.82:

„Mir kommt kein Türke mehr über die Grenze!“

Manfred Börner (SPD und hessischer Ministerpräsident) 1982:

“Es kommt, solange ich in Hessen etwas zu sagen habe, kein Türke mehr ins Land. Denn die sozialen Folgekosten sind so hoch, dass es unverantwortlich ist, das fortzusetzen.“

Helmut Kohl, in einem ZDF-Interview v. 3.10.1982, dem ersten Tage seiner Kanzlerschaft:

„Aber es ist auch wahr, dass wir die jetzige vorhandene Zahl der Türken in der Bundesrepublik nicht halten können, dass das unser Sozialsystem, die allgemeine Arbeitsmarktlage, nicht hergibt. Wir müssen jetzt sehr rasch vernünftige, menschlich sozial gerechte Schritte einleiten, um hier eine Rückführung zu ermöglichen.“

und an anderer Stelle:

„Das Problem ist, dass wir offen aussprechen müssen, dass wir mit der Zahl der türkischen Gastarbeiter bei uns, wie wir sie jetzt haben, die Zukunft nicht erreichen können. Die Zahl kann so nicht bleiben. Sie muss verringert werden.“

Trotz aller Fakten, wird das Märchen vom Wiederaufbau Deutschlands durch Türken nicht nur bis zum Erbrechen von selbigen, sondern auch immer wieder von deutsch-feindlichen Politikern wie Sigmar Gabriel einmal bereits im Juli 2017 dieses Jahres zum Besten gegeben.

Weiterführende Links:

» Tobias Heinz: Beitrag der Gastarbeiter zum Wiederaufbau Deutschlands

» Necla Kelek: Almancis haben Türkei gerettet

Wer zahlt die DITIB-Zentralmoschee Köln?



✘ Auf der Homepage der Kölner DITIB-Zentralmoschee (Eröffnung 2014) ist zu lesen: *In den Bau fließen weder direkt noch indirekt Mittel von der EU, von Bund, Land oder Kommune. Die DITIB finanziert die Baukosten in Höhe von über 30 Mio. Euro über Eigenmittel und Spenden. Auf der Spendenseite sind die Großspender alle aufgelistet. Wir erfahren (Stand heute):*

DITIB Siegen – Selimiye Moscheegemeinde 5000,-

DITIB Dormagen – Süleymaniye Moscheegemeinde (Frauenabteilung) 1000,-

DITIB Herne – Merkez Moscheegemeinde (Frauenabteilung) 1350,-

DITIB Bremerhaven – Merkez Moscheegemeinde (Frauenabteilung) 1000,-

DITIB Krefeld und Umgebung – Moscheegemeinden 4000,-

DITIB Niederkassel – Selimiye Moscheegemeinde 6000,-

DITIB Kerpen-Sindorf – Eyüp Sultan Moscheegemeinde (Frauenabteilung) 1501,-

St. Theodor Kirchengemeinde aus Köln Vingst 5000,-

Außer den 5000 Euro der beknackten Katholiken aus Köln-Vingst, stammen also die ganzen 30 Millionen für den Moscheebau vom türkischen Staat, der aber öfter von der EU was rübergereicht bekam! Hätte Tebartz-van-Elst Limburg verrotten lassen und

seine 30 Millionen an die DITIB Köln verschenkt, wäre er bei der Journaille heute ein Heiliger.

Gabriel: Türken gehören zu Deutschland – Linkspartei will sie alle behalten



Von L.S.Gabriel | Nachdem Außenminister Sigmar Gabriel (SPD) am Freitag in einem offenen Brief den in Deutschland lebenden Türken („mit oder ohne deutschem Pass“) versichert hatte, dass sie alle zu Deutschland gehören, fordert nun die Linkspartei einen Abschiebestopp in die Türkei, denn im Moment könne in der Türkei offenbar „niemand vor einer Verhaftung sicher sein“, argumentiert Linken-Chef Bernd Riexinger.

Derzeit wären rund 6.500, zum Teil straffällig gewordene, Türken ausreisepflichtig, abgeschoben wird aber ohnehin kaum.

Mehrheit der Türken in Deutschland pro-Erdogan

Die LINKE macht sich vordergründig um Kritiker des Erdoganregimes Sorgen. Dabei haben bei der türkischen Parlamentswahl im Juni 2015 53,6 Prozent der in Deutschland lebenden Türken für die islamfaschistische Erdogan-Partei AKP gestimmt.

Nach dem gescheiterten Putschversuch (PI-NEWS berichtete) in der Türkei waren im Juli 2016 in Köln 40.000 Türken auf die Straße gegangen, um für ihren Führer Erdogan zu demonstrieren. Dem Referendum zur Verfassungsänderung, die Erdogan de facto uneingeschränkte Macht durch die Befugnisbündelung von Exekutive und Justiz in seine Gewalt verlieh, stimmten die Türken in Deutschland ebenfalls mit über 50 Prozent zu, in Essen und Düsseldorf waren es sogar rund drei Viertel der Abstimmungsberechtigten.

Die fordernden Türken in Deutschland spüren nun Aufwind

Einen Abschiebestopp der mehrheitlich islamfaschistisch geprägten Türken hierzulande zu fordern grenzt an Landesverrat. Und auch wenn Gabriel zumindest vordergründig vom Merkelschen absoluten Kuschelkurs mit dem türkischen Despoten abweicht, so war sein Bekenntnis, in seiner Position als Mitglied der Regierung, zu den Türken in Deutschland ein gefundenes Fressen für die ohnehin hemmungslos fordernden und hoheitsanspruchsvollen Türkenverbände in Deutschland.

Gökay Sofuoglu, der Bundesvorsitzende der Türkischen Gemeinde, stellte das auch sogleich unter Beweis: „Die Anerkennung und politische Repräsentation von türkeistämmigen Menschen wurde viel zu lang vernachlässigt und ist längst überfällig. Wir würden uns wünschen, dass wir in dieser Krise näher zusammenrücken. Der Außenminister hat einen Anfang gemacht“, kommentierte Sofuoglu in aller gebotenen Überheblichkeit Gabriels Submission. Mit „Zusammenrücken“ meint der Türke die von ihm geforderte „Wir-Kultur“, in der mehr Türken Ministerposten besetzen. Schon 2014 träumte Sofuoglu von einem türkischen Wirtschaftsminister, Umweltminister und/oder Innenminister. Und er unterstrich auch gleich wieder seine „Forderungen für bessere Bildungschancen, gerechtere Löhne und die Abschaffung von institutionellem Rassismus“ – damit meint er Kritik an der Türkei und am Islam sowieso sein zu unterbinden. Sofuoglu ist auch stets an vorderster Front mit dabei, wenn es gilt Kampagnen gegen die AfD zu fahren.

Sigmar Gabriel hat jedenfalls mit seinem Kriecherbrief an die Türken in Deutschland, den islamischen Herrenmenschen, die von einem Osmanischen Reich träumen den Rücken gestärkt und wieder einmal ganze Arbeit geleistet, natürlich wie immer gegen die Interessen dieses Landes und dem Teil des Volkes, der Deutschland, seine Werte, Traditionen und Kultur erhalten möchte – also den Kötern, dem Pack aus Dunkeldeutschland.

Ulfkotte: Wir haben Deutschland aufgebaut



Was einen älteren Menschen besonders auf die Palme treibt, ist die Aussage, die Türken hätten Deutschland nach dem Krieg wieder aufgebaut und für das Wirtschaftswunder gesorgt. Das Foto zeigt den

zerbombten Frankfurter Goetheplatz 1944.

Das Foto unten zeigt den Frankfurter Goetheplatz 1960, also VOR dem Gastarbeiter-Anwerbeabkommen mit der Türkei. Kein Türke hat hier wieder aufgebaut. Man beachte die vielen Autos!



Udo Ulfkotte schreibt in seinem neuen Buch „Albtraum Zuwanderung“ zur Frage, ob die Türken Deutschland wieder aufgebaut hätten, folgendes:

Menschen sind vergesslich. Das ist normal und unabhängig vom Intelligenzquotienten. Je älter wir werden, umso mehr schwinden die Erinnerungen an frühere Jahrzehnte. Wohl deshalb lobt die SPD jetzt regelmäßig die gewaltige Gruppe der zugewanderten Leistungsverweigerer für ihre wertvollen »Aufbauleistungen«. Ein Beispiel: Im Juni 2011 etwa würdigte Berlins Regierender Bürgermeister Klaus Wowereit (SPD) bei einem Festakt im Roten Rathaus die wirtschaftliche Aufbau- und die politische Integrationsleistung von Millionen türkischen Zuwanderern in Deutschland mit den Worten: »Sie haben unser Land bereichert, Berlin bedankt sich dafür.« Politiker aller Parteien schüren die Mär, derzufolge Türken und andere Migranten aus Regionen mit niedrigem Länder-IQ Deutschland nach dem Krieg wieder aufgebaut hätten.

Man muss Märchen entzaubern, um die Grundlagen für künftige

Lösungen aufzeigen zu können. Und deshalb wollen wir dem dummen türkischen Märchen vom Nachkriegsaufbau Deutschlands ganz schnell den Nimbus nehmen.

Der Zweite Weltkrieg war 1945 beendet. Im nachfolgenden Jahrzehnt gab es nicht einen türkischen Gastarbeiter in Deutschland. Es waren vielmehr deutsche Trümmerfrauen, die Deutschland wieder aufgebaut haben (während ihre Männer, Väter und Brüder noch in Kriegsgefangenschaft saßen). Sie waren ungeheuer fleißig, weshalb bereits 1952 Deutschland nicht mehr als bedürftiger Staat eingestuft wurde (im Gegensatz zur Türkei). Es gab zu jener Zeit auch weiterhin keinen türkischen Gastarbeiter in Deutschland. Nun kam das Wirtschaftswunder in Schwung. Im Jahre 1959 war Deutschland schon wieder die zweitgrößte Wirtschaftsnation der Welt nach den USA – und immer noch ohne türkische Gastarbeiter.

1953 verfügte allein der deutsche Chemiebetrieb Farbwerke Hoechst bereits wieder über mehr als 100 000 deutsche Mitarbeiter. Nochmals: Deutsche und nicht etwa Türken. Diese 100 000 Hoechst-Mitarbeiter entsprachen zahlenmäßig in etwa der Summe aller Industrieangestellten in der ganzen damaligen Türkei: Nach der offiziellen Statistik arbeiteten in der damaligen Türkei, einem Land der Schaf- und Ziegenhirten, im Jahre 1953 gerade einmal 26 000 Menschen in privaten und 86 000 Arbeiter in staatlichen Industrieunternehmen. Ein einziges deutsches Industrieunternehmen wie Hoechst hatte also mehr Mitarbeiter als die gesamte nicht landwirtschaftlich orientierte Privatwirtschaft der Türkei.

Von wegen aufgebaut! Wir haben der Türkei ihre ungelernten Arbeitslosen abgenommen. Wenn, dann müßten Erdogan und seine Landsleute uns danken, aber doch wir nicht ihnen!

Warum Staatsbürgerschaft?

doppelte



Wenn sich jemand für

ein anderes Land als sein Heimatland entscheidet, um dort sein Leben zu verbringen, hat das sehr wichtige Gründe. Die können politischer Natur sein, man wird zuhause verfolgt und muss fliehen, oder vielleicht familiäre Gründe, man ist aus irgendwelchen Gründen in der Familie unbeliebt und sollte sich besser entfernen. Mit großem Abstand am Häufigsten jedoch sind wirtschaftliche Gründe, man sieht zuhause keine Perspektive mehr.

(Von felixhenn)

Bei den Gründen eins und zwei kann eine Änderung eintreten und die Geflohenen kehren nach Hause zurück. Grund drei ändert sich in den wenigsten Fällen, weil sich mit einer veränderten Politik kaum die Verwaltung ändert. Das passiert nur in sehr seltenen Fällen, wie nach einem verlorenen Krieg, wenn die gesamte Administration ausgetauscht wird, wie das in Deutschland nach 1945 der Fall war. Das war wohl der Grund für

den unerwartet schnellen wirtschaftlichen Aufstieg der BRD. In der DDR haben sich die Sozialisten halt nur von Braun auf Rot umgemalt und es ging mit derselben Verwaltung weiter.

Warum aber wollen die Wirtschaftsflüchtlinge unbedingt bei uns die doppelte Staatsbürgerschaft? Um in der Türkei erben zu können? Das kann wohl als ein vorgeschobener Grund angenommen werden und könnte ja von der Türkei auch ganz schnell per Gesetz geändert werden. Auch wird kaum jemand annehmen, dass die Türkei den Auslandstürken einen türkischen Pass verweigern wird, sollten die jemals ihre Meinung ändern und wieder Türken werden wollen.

Nein, der Grund ist ein ganz anderer. Stellen wir uns mal vor, ein Türke bezieht hier Hartz IV, und das trifft auf ca. 30% zu, und er würde gerne in seinem billigeren Heimatland wohnen, aber weiter von uns Hartz IV beziehen, was ja in der Türkei einem gehobenen mittleren Einkommen entspricht. Das geht natürlich schlecht, wenn er einen deutschen Pass hat. Sobald er dann in die Türkei einreist, bekommt er einen Einreisestempel, weil er sich ja dann dort nicht unbegrenzt lange aufhalten kann und man das Einreisedatum festhalten muss. Ebenso passiert das, wenn er mit einem türkischen Pass aus Deutschland ausreist und auch wieder einreist, das Datum wird festgehalten. Wenn also ein türkischstämmiger Hartz IV-Bezieher mit deutschem Pass in die Türkei für längere Zeit ein- und ausreist, muss er Angst haben, dass seine Daten vom deutschen Flughafen an die Behörden weitergegeben werden.

Wenn ein Türkischstämmiger jedoch zwei Pässe hat, deutsch und türkisch, geht das so: Er reist aus Deutschland mit dem deutschen Pass aus (kein Stempel) und reist in die Türkei mit dem türkischen Pass ein (auch kein Stempel). Und sollte irgendeine Behörde einen Brief an seinen deutschen Wohnsitz schicken, der dann von Freunden geöffnet wird, und damit seine Anwesenheit verlangen, dann reist er kurzfristig zurück – Ausreise Türkei mit türkischem Pass, Einreise Deutschland mit deutschem Pass. Jeweils kein Stempel und kein Nachweis, dass

er überhaupt in der Türkei war.

Da bei den Grünen, den Linken, der FDP und in der SPD ja nicht alle Denker total verblödet sind, sollte man davon ausgehen, dass die das wissen und mit der Forderung nach doppelter Staatsbürgerschaft gezielt wollen, dass Sozialhilfebetrug betrieben wird.

Pipeline-Terror in Deutschland angekommen?



✘ Der Irre aus Ankara, der Europa schon alleine dadurch vereinnahmen will, dass er dessen Bürger und Regierungen neuerdings duzt, hat erneut eine rote Linie überschritten: „Wenn ihr euch weiterhin so benehmt, wird morgen kein einziger Europäer, kein einziger Westler auch nur irgendwo auf der Welt sicher und beruhigt einen Schritt auf die Straße setzen können“, sagte er am Mittwoch bei einer Veranstaltung für Journalisten in Ankara. Das eigentlich Überraschende an diesem Satz ist, dass er niemanden überrascht. Erdogan ist besessen von der Idee, Europa zu beherrschen. Sein Ziel: doppelt so viel Gas nach Europa zu liefern wie Putin – und wie er an einem Gashebel zu sitzen. Bisher ist Erdogan jedoch Verlierer im Schwanzvergleich.

(Von Artikelstube)

Es begann vor 15 Jahren. Eine Chronologie.

2002: In Wien treffen sich die Schöpfer des "Nabucco-Projekts". Sie planen eine Pipeline von Aserbaidschan durch die Türkei, über den Balkan bis zum Gasknotenpunkt in Baumgarten (Österreich) und wollen auch südlich der Pipeline Erdgas einsammeln:



Vorteile für die Türkei: günstiges Erdgas, Devisen, näher rückender EU-Beitritt, ein wichtiger Hebel Richtung Europa in türkischer Hand. Erdogan will fast doppelt so viel islamisches Gas nach Europa liefern wie Europa bislang aus Russland bekommt:



Der erste Nabucco-Prospekt erscheint im Oktober **2005**.

Konkurrenten und Verbündete der Türkei

Im **Dezember 2005** ging Altkanzler Schröder unter riesigem Protest der Grünen zu Nordstream I. Eigner: Gazprom 51%, der Rest gehört den deutschen Firmen Wintershall (= BASF) und E.on sowie der niederländischen Gasunie. Sie wollen eine Vierfachpipeline durch die Ostsee bauen. Ein Doppelstrang soll 2011 im Wasser liegen. Sechs Jahre von der Planung zur Fertigstellung. Keine Frage also, wer Erdogans Erzfeinde sind. Bei Erdogan dauert es mindestens drei mal so lang.

Seit **2007** liefert Katar Flüssiggas an ein Spezialterminal in Belgien. Der Wettlauf zwischen Pipeline- und Tankergas beginnt. Bis 2500 km Länge sind Pipelines günstiger als Schiffe, weswegen Katar nebenbei nach einem Pipelineweg sucht – gemeinsam mit der Türkei.

2009 brechen enorme Aktivitäten in Sachen Pipelinebau aus, die belegen, dass die Türkei + Katar und Syrien + Iran sich ein regelrechtes Wettrennen liefern und sowohl die Türkei, als

auch Syrien zur Pipeline-Drehscheibe Nr. 1 avancieren wollen.

Nur wenige Jahre zuvor hat man das größte Erdgasfeld der Erde im Persischen Golf entdeckt. Eigentümer: Katar (2/3) und Iran (1/3). Demnach ergibt sich folgende Reihenfolge der Erdgasgiganten (ohne Frackingressourcen):

- Russland: 47.578 Milliarden Kubikmeter
- Iran: 30.065 Milliarden Kubikmeter
- Katar: 25.322 Milliarden Kubikmeter
- Turkmenistan: 8.030 Milliarden Kubikmeter
- Saudi Arabien: 7.794 Milliarden Kubikmeter

Allen Ländern mit Bodenschätzen ist klar, dass Europa auf dem Weg zur Dekarbonisierung ist und es nur noch ein schmales Zeitfenster zur Vermarktung fossiler Rohstoffe gibt. Die Klimalobby sorgt durch ihre Aktivitäten für ein Wettrennen auf dem Erdgasmarkt. Ihr bekanntestes Gesicht: Angela Merkel.

Die EU will Nabucco – Erdogan will mit Nabucco in die EU

Am **13. Juli 2009** wird der Nabucco-Vertrag unterzeichnet. Baubeginn soll **2011** sein. Ab **2014** sollte der Betrieb der Pipeline starten.



2009 gewinnt man Joschka Fischer als Aushängeschild und die EU-Kommission wirbt unter dem Stichwort „neighbourhood enlargement“ für das Projekt. Ein wichtiges Stichwort, das immer wieder fällt: Diversifizierung der Erdgaseinkäufe. Als die Türkei merkt, wie wichtig der EU das Projekt ist, droht sie mehrfach mit Ausstieg, sollten die Beitrittsverhandlungen nicht zügiger verlaufen. Für Erdogan ist die Pipeline mit dem EU-Beitritt verknüpft.

Erdogans Erdgasbaustellen

Aus Aserbaidschan kann nur etwa ein Zehntel der angedachten Erdgasmenge kommen. Daher ist Nabucco auf weitere Zulieferer

angewiesen. Die Kurden im Nordirak signalisieren 2009, dass sie mitmachen wollen, bekommen jedoch aus ethnischen Gründen einen Riegel aus Bagdad vorgeschoben.

Katar und Türkei beschließen, eine Pipeline von Katar bis zur türkischen Nabucco-Pipeline zu bauen. Sie brauchen Assads Genehmigung, denn die wirtschaftlichste Route führt von Saudi Arabien durch Jordanien und Syrien durch Aleppo in die Türkei:



Assad, dessen Land mit den beiden weltweit größten Erdgasanbietern Russland und Iran befreundet ist, lehnt dies ab. Stattdessen entwickelt Syrien zusammen mit dem finanzklammen Griechenland, dem halb von der Türkei besetzten Zypern, dem von US-Einmarsch und Islamterror schwer gezeichneten Irak (bzw. dessen autonomen Kurdengebieten) und dem unter Sanktionen stehenden Iran eigene Pläne zum Bau einer „Friendship-Pipeline“ durch das Mittelmeer. Assad plante mit den politischen Underdogs und dem Segen Russlands nichts weiter als eine der größten und wichtigsten Erdgaspipelines zum lukrativen zentraleuropäischen Markt. Sie sollte **2016** eröffnet werden.

Wer hätte in die Röhre geguckt? Die Türkei.

Seit **2011** tobt ein „Bürgerkrieg“ in Syrien, in dessen Verlauf pipelinerelevante Landesteile von Syrien und Irak durch den IS erobert wurden.

Nabucco wird zum BER während Nordstream ans Netz geht

Ab **2010** beginnt Merkel, sich für die türkische Nabucco-Pipeline zu interessieren. Um die Russen zu ärgern, hieß es am **3. Oktober 2010**: Der Islam gehört zu Deutschland (= islamisches Erdgas gehört zu Deutschland). Es wird nicht gesagt, dass Russland zu Europa gehört, obwohl sich das zur 20-jährigen Wiedervereinigungsfeier angeboten hätte.

Seit **2010** liefert Katar Flüssiggas an ein Spezialterminal in Deutschland. Das Flüssiggasgeschäft hat Katar in aller Ruhe weiter ausgebaut, während Syrien und der Irak vom IS heimgesucht werden, der Iran bis Januar 2016 unter Sanktionen steht und sich auch Russland ab 2014 Sanktionen wegen der Ukraine einhandelt.

Im Mai 2011 wird die Nabucco-Eröffnung auf **2017** vertagt. BER auf Türkisch.

Ab **Oktober 2011** wird Nabucco zur Chefsache im deutschen Kanzleramt. Anti-Atom-Aktivistin Merkel schwant wohl, dass in Deutschland die Lichter ausgehen, sollte sie nicht rechtzeitig Ersatzenergie beschaffen. Obama lässt im selben Jahr die Zecke Soros auf Russland los (Open Russia). Die Obama-Administration stellt sich, genauso wie Merkel, hinter das türkische Nabucco-Projekt und nimmt dabei Konflikte mit den Kurden in Kauf, durch deren autonome Gebiete Pipelineanschlüsse für Nabucco verlegt werden sollen. Zur Zeit des anvisierten Nabucco-Baubeginns treibt sich die EU-Kommission sogar zum Klinkenputzen in Turkmenistan herum, um auch dort für Nabucco Gas einzusammeln.

Am 8. November 2011 geht die Ostseepipeline Nordstream I erfolgreich ans Netz, während bei Nabucco noch nicht einmal der erste Spatenstich erfolgt ist. Das russisch-deutsch-niederländische Projekt hat den Wettlauf gewonnen und das türkisch-österreichische guckt buchstäblich in die Röhre. Ausgerechnet die Russland-kritische, Türkei- und Obama-affine Merkel eröffnet das Projekt von Putin und Altkanzler Schröder (SPD):



Erdogan gerät zunehmend unter Druck: Es gibt noch immer keine Nabucco-Pipeline. Die Konkurrenz schläft nicht. Assad ist immer noch da. Die Kurden nerven. Und sein Volk wartet auf billiges Gas und im Schlaf verdiente Devisen.

Türkei betrügt die Nabucco-Partner

Am **26. Dezember 2011**, unterzeichnen die Türkei und Aserbaidschan einen neuen Pipeline-Vertrag – offenbar ohne ihre Nabucco-Vertragspartner zu informieren. Erst im **Mai 2012** wird der Tod von Nabucco bekannt gemacht. Nicht etwa durch Erdogan, sondern durch die britische BP, die wie die norwegische Statoil in Aserbaidschan bei der Erdgasförderung aktiv ist und einen Einfluss auf die Auswahl des Pipelinepartners hat. Im **Juni 2013** wird Nabucco offiziell beerdigt.

Erdogans heimlich eingefädelte neue Pipeline heißt TANAP. Sie soll nicht zum österreichischen Gasgroßverteiler in Baumgarten verlaufen, sondern zum ausgebufften Renzi nach Italien (TANAP-TAP-Pipeline). Ab **2020** wird mit der ersten Erdgaslieferung gerechnet. Von den ersten Plänen, aserbaidchanisches Gas zu verkaufen, wären das 18 Jahre. Putin schafft solche Projekte in einem Drittel der Zeit.



Ab **2013** fängt die unter Druck stehende Energiewenderin Merkel an, Gasimporte aus Katar zu fördern, weil nun klar ist, dass es ab 2014 nicht das versprochene Gas aus Aserbaidschan gibt. Katar ist bislang der einzige Profiteur des Pipelinekriegs und hat von seinen sprudelnden Einnahmen schon halb Frankreich gekauft.

Anatolien, **17. März 2015**: Baubeginn der Transanatolischen Pipeline TANAP! Mit vier Jahren Verzug beginnt endlich Erdogans Traumprojekt als internationaler Gaslieferant.

Zu diesem Zeitpunkt prognostiziert Bundesinnenminister de Mazière „nur“ 300.000 Asylbegehrende für 2015. Am **23. April** schlagen allerdings die Personalräte im BAMF Alarm, weil sie drastisch steigende Flüchtlingszahlen feststellen. Bald wälzen sich Menschenmassen über die ehemalige Nabucco-Route, die jetzt Balkanroute heißt.

Österreichischer Energieversorger verklagt Davutoglu

Wien, **19. Mai 2015**: Der österreichische Energieversorger OMV verklagt den türkischen Ministerpräsidenten Davutoglu wegen der Vertragsverletzung beim Nabucco-Projekt vor der Weltbank auf Schadensersatz (ICSID Case No. ARB/15/26).

Am **3. Juni 2015** sieht sich Österreich aufgrund der steigenden Flüchtlingszahlen genötigt, den Türken entgegenzukommen und ihnen Gas abzukaufen. Man vereinbart ohne großes Aufsehen mit den Russen, russisches Gas über die Türkei zu leiten, da es noch immer kein aserbaidjanisches, iranisches, irakisches, geschweige denn ägyptisches, syrisches oder katarisches Gas bei den Türken zu kaufen gibt. Für den gegenüber Österreich vertragsbrüchigen Erdogan eine große Ehre. Seitdem fühlt er sich als starker und mit Russland verbündeter Mann. Putin lässt Erdogan allerdings lange zappeln, da er noch eine Rechnung mit ihm offen hat (abgeschossener Kampfjet). Er unterschreibt erst eine Woche bevor er Merkel am 19. Oktober 2016 in Berlin trifft. Für Merkel ist dies ein willkommenes Gastgeschenk, um die Türkei milde zu stimmen. Allerdings bedeutet diese Geste auch, dass Putin ernst macht mit seinen Bypässen um die Ukraine. **2019** laufen die russischen Pipeline-Verträge mit der Ukraine aus.

Im **Juli 2015** kündigen die USA an, die Ukraine und ganz Europa mit Erdgas versorgen zu wollen.

Zeitliche Zufälle?

4. September 2015: BASF und Gazprom haben Anteile getauscht und geben den Beginn der zweiten Ausbaustufe der Ostseepipeline bekannt.

Am selben Tag (!): Der damalige österreichische Kanzler Faymann ruft bei Merkel an und schwatzt ihr die Flüchtlinge aus Ungarn auf, die dort in unschönen Bildern mit Kleinkindern einen Bahnhof belagern und Asyl in Germoney fordern.

Am **5. September 2015 um 00.42 Uhr** wird die deutsche Grenze für Flüchtlinge auf der Balkanroute geöffnet. Es kommen Hunderttausende. Deutschland wird mit Flüchtlingen geflutet, die sich in der Türkei auf den Weg machten.

Am **12. September 2015** – an dem Tag, als Merkel laut Welt-Journalist Robin Alexander angeblich mit Überlegungen zur Schließung der deutschen Grenze beschäftigt ist – veröffentlicht die Wirtschaftswoche einen Artikel von Frank Doll, der es in sich hat: *Waffen für Nahost, Flüchtlinge für Deutschland*. Darin werden wesentliche Elemente des Pipelinekriegs erläutert und die grenzenlose Naivität der europäischen Regierungen, vornehmlich der deutschen, angeprangert. Der einzige vernünftige Beitrag der gesamten deutschen Presse in der Flüchtlingskrise.

Merkel verhält sich absolut kontraproduktiv

25. September 2015: Klimakanzlerin Merkel facht mitten im Flüchtlingstsunami das Wettrennen zwischen den erdgasexportierenden Ländern weiter an. In ihrer Eröffnungsgrede des UN-Klimagipfels in New York verspricht sie, die Welt bis zur Mitte des Jahrhunderts zu dekarbonisieren. Bis dahin muss man also seine Bodenschätze losgeschlagen haben. Da Merkel **2011** im Alleingang zusätzlich den Atomausstieg Deutschlands beschlossen hat und die Grünen konsequent den Dieselmotor mobben, ist Deutschland in der fossilen Endzeit ganz besonders abhängig vom Erdgas – und damit der lukrativste Markt.

8. Oktober 2015: Merkel tritt als einziger Talkgast in der Sendung von Anne Will auf und sagt den irren Satz: „Und jetzt will ich vielleicht noch mal deutlich machen, es liegt ja nicht in meiner Macht, es liegt überhaupt in der Macht keines Menschen aus Deutschland, wie viele zu uns kommen.“

Österreich gibt klein bei gegenüber Türkei

Am **28. Oktober 2015** verlangt der österreichische Kläger (!) OMV überraschend die Einstellung des Weltbank-Schadensersatz-

Verfahrens gegen den türkischen Ministerpräsidenten Davutoglu. Das begrüßt die beklagte Türkei am **4. November 2015**. Damit ist das Verfahren ergebnislos abgeschlossen. So ein merkwürdiges Schiedsgerichtsverfahren hat die Welt noch nicht gesehen.

Im **März 2016** verlangt der damalige österreichische Bundeskanzler Faymann die Schließung der Balkanroute für Flüchtlinge aus der Türkei, worauf Merkel kontert: „Es kann nicht sein, dass irgendetwas geschlossen wird.“

Merkel handelt mit dem damaligen türkischen Ministerpräsidenten Davutoglu ihren berühmt-berüchtigten Flüchtlingsdeal aus, dessen tieferer Sinn sich noch keinem Europäer erschlossen hat. Beide Männer, die einen Deal mit Merkel haben (Faymann mit der Öffnung der deutschen Grenze!) treten fast zeitgleich im Mai 2016 zurück.

Ist der Pipelinekrieg nach Deutschland gekommen?

Am **17. Oktober 2016** setzt ein Mitarbeiter eines Subunternehmers bei BASF in Ludwigshafen einen Winkelschleifer an eine gefüllte Buten-Pipeline, flext sie mit einem sauberen Schnitt in 15 cm Länge auf. Es fängt an zu brennen und als die zu Hilfe gerufene Werksfeuerwehr auftaucht, explodiert eine Ethylen-Leitung. Vier Feuerwehrleute sterben, 30 sind zum Teil schwer verletzt. Mehrere Tage lang waren die betreffenden Fremdarbeiter schon mit dem Austausch von Teilen an einer vollständig geleerten Leitung beschäftigt und es ist nach wie vor ein Rätsel, wieso der Arbeiter seinen Winkelschleifer plötzlich gegen ein anderes Rohr richtete. Dazu Oberstaatsanwalt Hubert Ströber: “Es gibt nach wie vor nur einen Beschuldigten in dem Ermittlungsverfahren. Es geht um ein individuelles Versagen. Wir wissen nicht, was ihm durch den Kopf gegangen ist, als er den fatalen Fehler machte.” Ermittelt wird wegen fahrlässiger Herbeiführung einer Explosion, fahrlässiger Tötung und Körperverletzung.



Nur wenige Stunden später, direkt am Morgen des **18. Oktober 2016 (!)** meldet sich unvermittelt Norbert Röttgen (CDU) über die Presse zu Wort und verlangt die Einstellung der zweiten Ausbaustufe der Ostseepipeline Nordstream. Ist es nicht reichlich asozial, dem Unternehmen BASF, bei dem gerade Mitglieder der Werksfeuerwehr bei einer Explosion umgekommen sind, eine solche Hiobsbotschaft zu servieren? Wieso hat Norbert Röttgen sich nicht vorher zu Wort gemeldet? Wieso stellt er die Erweiterung der Ostseepipeline plötzlich am Morgen nach der Explosion in Frage? Ist der Pipeline-Krieg auf deutschem Boden angekommen?

Die Stuttgarter Zeitung ist die einzige Zeitung, die einen möglichen Zusammenhang der Explosion auf dem BASF-Gelände mit Terrorismus herstellt: „Im Zeitalter des Terrors ist es deshalb zwingend, dass Großbetriebe ihre Sicherheitskonzepte noch einmal überprüfen. Für die BASF gilt das ganz besonders, denn offensichtlich hat der Weltkonzern Probleme, auch kleinere Zwischenfälle in den Griff zu bekommen. Die haben sich zuletzt auffällig gehäuft.“ Waren das Sabotage-Akte?

Fest steht: BASF hat mit Gazprom Anteile getauscht. Wer immer bei BASF eine Pipeline in die Luft jagt, greift auch Gazprom an. Und nicht nur das: BASF in Ludwigshafen ist von Bedeutung für die nationale Sicherheit der USA.

Die Explosion findet zwei Tage vor Putins Besuch am **20. Oktober 2016** bei Kanzlerin Merkel statt. Sollte die Explosion eine Warnung für den BASF-Geschäftspartner Gazprom sein?

Wer drei Länder auf einen Schlag treffen wollte (Deutschland, Russland, USA) konnte sich jedenfalls keinen besseren Ort aussuchen. Deswegen muss der Fremdarbeiter, der das falsche Rohr ansägte, akribisch unter die Lupe genommen werden. Welche Herkunft, welchen Glauben hat er, welche Verbindungen? Er hat einen Ort der Verwüstung hinterlassen. Vier deutsche Feuerwehrleute starben, es gab schwer Verletzte. BASF erlitt neben millionenschweren Produktionsausfällen einen großen

Imageverlust.

Seit dem **22. März 2017** droht Erdogan Europa offen mit Terror. Wissend, dass die Zahl seiner Anhänger vor allem in Deutschland in die Millionen geht. Nach dem türkischen Referendum im April kann Erdogan die Zahl seiner Anhänger in Deutschland sogar exakt beziffern. Das weiß auch die deutsche Politik. Eine erpresserische Kolonialisierung betreibt Erdogan auch im Irak, wo er seine Kolonien jetzt bewaffnen will.

Am **22. März 2017** ist bei BASF Ludwigshafen wieder ein Gefährder eines Subunternehmers unterwegs. Eine Explosion wird von der Werksfeuerwehr gerade noch verhindert.

Der Generalbundesanwalt sollte endlich Ermittlungen aufnehmen.

Der Westen verrät Syrien, die Kurden und sich selbst



Von KEWIL | Unsere Presse ist einstimmig der Meinung, dass US-Präsident Trump dabei ist, durch Truppenabzug die Kurden im Norden Syriens zu verraten, die für die USA den Islamischen Staat am Boden erfolgreich bekämpft haben.

Ja, Erdogans türkische Truppen werden bald ein Massaker bei ihren kurdischen Erzfeinden veranstalten, wenn die Amerikaner fort sind, aber Trump hat durch die massive Kritik von allen

Seiten an seinen Abzugsplänen innerhalb weniger Stunden seinen Plan geändert und spricht jetzt nur noch von 50 US-Soldaten, die abgezogen werden. Die USA sind eh im Impeachment-Taumel.

Trotzdem wird es eines Tages zum Abzug kommen, denn der Westen hat absolut keinen Plan und keine Idee für Syrien. Nur bei Beginn des syrischen Bürgerkriegs 2011 durfte jeder Riesenstaatsmann, vom verstorbenen Außenminister Westerwelle bis zu den Dummköpfen in Brüssel, in Syrien drein schwätzen, Forderungen erheben, Resolutionen verfassen, Waffen für den „arabische Frühling“ an die verschiedenen Parteien liefern und später hinein bomben, wie etwa die Saudis, die Türkei, Frankreich, England und die USA, damit dort eine „Demokratie“ entstehe.

Heute, nach einer halben Million Toten und 12 Millionen Flüchtlingen, weiß der Westen nicht mehr weiter. Die Region ist erfolgreich destabilisiert, nur Putins Hilfe für Assad bietet einen denkbaren Ansatz für die Zukunft.

Man kann das Schlamassel in Syrien nicht in einem Blogbeitrag erfassen, Erdogan hat aber einen sinnvollen, patriotischen Plan für die Türkei (mit Unterstützung der Bundeswehr). Möglichst viele Kurden an der Grenze vertreiben und umbringen. Syrisches Staatsgebiet (wie Afrin vor Monaten) besetzen, annektieren und mit der Türkei ergebenen, sunnitischen syrischen Flüchtlingen neu besiedeln und nie mehr hergeben.

Die restlichen Flüchtlinge werden in kleineren und größeren Dosen zur Milliarden-Erpressung saudummer deutscher Politiker wie Merkel und der orientierungslosen Windfahne Seehofer eingesetzt, und alles ist gut – für die Türkei. Sechs Milliarden Euro hat der türkische Sultan von der gleichfalls verblödeten EU ja bereits gekriegt, die ihm außerdem seit langer Zeit die Mitgliedschaft in der Brüsseler Kleptokratie anbietet, und wenn er irgendwann mit dem Massaker an den Kurden fortfährt, wird es am Flüchtlings-Nachschub nicht fehlen.

Türkei: 14-Jährige nach zweiter Geburt tot



Zwangsehen sind ein Phänomen islamischer Gesellschaften. Auch hier in Deutschland aufgewachsene muslimische Mädchen sind davor nicht gefeit, obwohl Zwangsheirat hier seit 2011 einen eigenen Straftatbestand darstellt (PI berichtete). Die patriarchalischen Strukturen im Islam, die sich direkt aus dem Koran ableiten, führten dazu, dass allein im vergangenen Jahr 145 Hilfesuchende in Niedersachsen eine eigens dafür eingerichtete Hotline anriefen, um sich beraten zu lassen. Die Anzahl der Anrufer nimmt stetig zu.

Die Sozialministerin von Niedersachsen, Cornelia Rundt (SPD), äußert sich dazu laut WELT:

„Die hohe Zahl der Ratsuchenden macht deutlich, wie wichtig es ist, sich mit dem Thema Zwangsheirat auseinanderzusetzen.“

Die Mehrheit der Anruferinnen habe bereits über einen langen Zeitpunkt Gewalt erfahren, viele seien traumatisiert, berichtete eine Mitarbeiterin des Krisentelefon, das beim Verein für interkulturelle Kommunikation, Flüchtlings- und Migrationsarbeit kargah in Hannover angesiedelt ist. „Aufgrund massiver Bedrohungen seitens der Familie fürchten viele um Leib und Leben, besonders wenn sie den Schritt

gewagt haben, die Familie zu verlassen“, sagte die Beraterin.

Nach einer Studie im Auftrag des Bundesfamilienministeriums wandten sich bundesweit im Jahr 2008 über 3400 Opfer an Beratungsstellen, davon waren 30 Prozent minderjährig und 40 Prozent zwischen 18 und 21 Jahren. Experten gehen bei Zwangsehen von einer hohen Dunkelziffer aus. In Niedersachsen hatte 2012 die Hälfte die deutsche Staatsangehörigkeit, jährlich sind 12 bis 15 Prozent Männer unter den Hilfesuchenden. (...)

Der Verein kargah unterstützt die jungen Frauen oft über Monate hinweg. Manche müssen sogar mit einer neuen Identität in einer anderen Stadt ein neues Leben anfangen.

Die WELT beeilt sich zu betonen, dass keine Rückschlüsse auf bestimmte Herkunftsländer oder Religionen gezogen werden könnten, aber das dürfte nur ein verzweifelter Versuch sein, über die islamische Wirklichkeit hinwegzutäuschen, weil wieder nicht sein kann, was politisch korrekt nicht sein darf.

Eines von vielen Beispielen dieses dunklen Kapitals in islamischen Gesellschaften lieferte jüngst die Türkei. Am 10. Januar wurde in der südosttürkischen Provinz Siirt ein nur 14-jähriges Mädchen tot aufgefunden, es hatte eine Schusswunde. Einige Tage vorher hatte sie bereits ihr zweites Kind zur Welt gebracht, das aber nach der Geburt starb. Ihr erstes Kind bekam sie bereits mit 12 Jahren. Verheiratet wurde das Mädchen schon mit 11 Jahren in einer islamischen Zeremonie. Ihre Familie beharrt auf Selbstmord, aber die Staatsanwaltschaft von Pervari ermittelt. Man weiß ja, dass in diesen Kreisen Ehrenmorde an der Tagesordnung sind.

Eine Verbesserung der Situation um die Zwangsverheiratung von Minderjährigen ist derzeit auch in der Türkei nicht in Sicht, alle Bemühungen progressiver Kräfte liegen auf Eis. Religiös-politisch ist eine Änderung auch unerwünscht, denn gerade einmal 18 Prozent der jung verheirateten Frauen lernen

überhaupt noch Lesen und Schreiben und bleiben somit in absoluter Abhängigkeit ihres Ehemannes. Sie werden gut parierende Dienerinnen im Sinne Mohammeds und sind vornehmlich dazu auf der Welt, Allah Kinder als Kanonenfutter für den Dschihad zu gebären.

„Türkei kann Europa in drei Tagen einnehmen“



Der türkische Staatschef Recep Tayyip Erdogan hat eine neue Phase der Europafeindlichkeit in der Türkei eingeläutet. Als „Zentrum des Nationalsozialismus“ und als „in jeder Hinsicht verrottet“ bezeichnete er den Kontinent. Die regierungsnahen türkischen Zeitung „Yeni Söz“ hat jetzt auf die ablehnenden Äußerungen des türkischen Präsidenten noch einen draufgesetzt. Das Blatt schrieb am Dienstag: „Wenn wir heute früh anfangen, könnten wir Europa in drei Tagen erobern“.

Die eher kleine Tageszeitung gilt als Erdogan-nah und als Nischenmedium für einige AKP-Unterstützer. Auch wenn nicht ganz klar ist, woher die Journalisten ihre Eroberungs-Fantasie nehmen, so ist jedoch deutlich, dass sie sie an dem amerikanischen Politologen George Friedman anlehnen. Der hatte in der Vergangenheit mehrfach betont, er halte die Türkei für den militärisch stärksten Akteur in Europa. Die „Yeni Söz“ schreibt: „Friedman sagte, die Türken könnten Deutschland an

einem Nachmittag und Frankreich, wenn sie überhaupt den Mut haben zu kämpfen, in einer Stunde besiegen. Friedman liegt falsch. Wenn man dem internationalen Forschungsinstitut Gallup glaubt, das gefragt hat, ob die Menschen für ihr Land kämpfen würden, haben die Europäer die weißen Fahnen schon jetzt ausgepackt, falls es zum Krieg kommt.“

„Deutschland wird von seinen Bürgern im Stich gelassen“, schreibt die „Yeni Söz“ über das Ergebnis einer rund zwei Jahre alten Umfrage. Dort gaben nur 18 Prozent der Deutschen an, dass sie bereit wären für ihr Land zu kämpfen. „Wenn wir an einem Morgen beginnen, können wir unser Abendgebet im Schloss Bellevue haben“, so das martialische Fazit der Zeitung. Was eine solche Kampfansage bezwecken soll, ist derweil völlig unklar.

(Der komplette Artikel kann bei FOCUS-ONLINE nachgelesen werden)

Auch wenn der Focus versucht diese Aussage als „albernes Hirngespinnst“ abzuwerten, türkische Eroberungsphantasien gegen Europa werden seit Jahren ganz offen von türkischen Spitzenpolitikern bis hin zu Erdogan ohne eine angemessene Reaktion der Europäer in unsere Richtung gekläfft.

Nachfolgend ein paar Beispiele:

Erst im April 2017 polterte Mächtegern-Kolonialherr Erdogan (von der deutschen Presse verschwiegen): „Europa wird bald türkisch sein,“. Kurz zuvor, dass „kein Europäer mehr weltweit sicher sein wird. Desweiteren forderte er seine in Europa untergekommenen Landsleute auf, fünf Kinder zu zeugen, um ihren Einfluss auszubauen. Erdogans Pläne sind allerdings schon länger dokumentiert worden. Bereits im Oktober 2012 sprach er auf einer AKP-Veranstaltung davon, den Islam siegreich nach Westen zu tragen,“. Und mit „Westen“ ist eindeutig zuallererst Deutschland gemeint.

So gibt es in Deutschland über 50 türkische Fatih-Moscheen. Die Fatih-Moscheen sind nach Mehmed II, dem Christenschlächter und Eroberer des christlichen Konstantinopel benannt. Im Jahre 2010 lud Erdogan türkischstämmige in Europa aktive Politiker zu einer Konferenz in Istanbul ein, in der er folgende Anweisung ausgab: „ Wir müssen die europäische Kultur mit der türkischen impfen.“ Desweiteren forderte Erdogan die in Europa lebenden Türken zur Annahme der jeweiligen Staatsbürgerschaft auf. Aber nicht etwa zu Integrationszwecken, sondern einzig zur Vertretung der Interessen der AKP-Regierung im Ausland.

Im Oktober 2013 äußerte er sich über das südserbische Kosovo: „Türkei ist Kosovo, Kosovo ist Türkei,,. Im November 2016 sprach Erdogan davon: „Diese Inseln vor unserer Nase gehörten uns. Wir haben dort Werke, Moscheen und eine Geschichte.“ Gemeint waren griechische Insel in der Ägäisis. Nicht nur Europa ist im Visier Erdogans, auch das syrische „Mossul und Aleppo gehören der Türkei“.

Im März 2017 tönte der türkische Außenminister Cavusoglu: Europa werde schon lernen, wie man mit der Türkei umzugehen habe. Ansonsten werde die Türkei es Europa beibringen. „Ihr werdet von Eurem befehlenden Diskurs absehen. Die Türkei befiehlt“, sagte er. Desweiteren hat Cavusoglu Europa einen Glaubenskrieg in Aussicht gestellt. Der türkische Innenminister Söylü drohte, pro Monat 15.000 der selbst mitproduzierten „Flüchtlinge“ nach Europa zu schicken, um wie gehabt Europa erpressen zu können.

Die neuzeitlichen türkische Eroberungspläne gab es bereits vor Erdogan:

Necmettin Erbakan, mehrfach stellvertretender Ministerpräsident und vom 28. Juni 1996 bis zum 30. Juni 1997 Ministerpräsident der Türkei: “Die Europäer glauben, dass die Muslime nur zum Geldverdienen nach Europa gekommen sind. Aber Allah hat einen anderen Plan. (..) Wir werden ganz sicher an die Macht kommen, ob dies jedoch mit Blutvergießen oder ohne

geschieht, ist eine offene Frage."

Erbakan wusste, dass er sich auf die Mehrzahl der in Deutschland lebenden Türken verlassen kann. Bei diesen handelt es sich in der Mehrzahl um deutschfeindliche Okkupanten. Aktuell sind Sie Anhänger von Erdogan oder der rechtsextremen „Grauen-Wölfe“-Partei MHP (siehe die Wahlergebnisse bei der Parlamentswahl 2015 (über 60 Prozent), bei dem Verfassungsreferendum im April stimmten in Deutschland 63,2 Prozent, in Österreich gar 73,2 Prozent mit „Ja“ für Erdogan (Belgien 75,0 Prozent, Niederlande 71,0 Prozent, Frankreich 64,85 Prozent).

Anstatt, dass deutsche Politiker versuchen, diese tickende Zeitbombe zu entschärfen, in dem man versucht diese in die Türkei abzuschieben, schleimte sich SPD-Außenminister Siegmар Gabriel vor kurzem bei Erdogans Kolonisten ein. Ohne Unterscheidung ob Türken jetzt integriert, assimiliert oder eben als deutschfeindliche Kolonisten hier verweilen, versicherte er ihnen, dass sie „alle zu Deutschland gehören“. Wenn man bedenkt, dass Gabriel jeden Deutschen, der sich auch nur ein bißchen für den Erhalt seiner angestammten Heimat einsetzt, wahlweise als Pack, Nazi oder sonstwas beschimpft, verwundert es doch sehr, dass er sich bei rechten oder rechtsextremen nachweislich deutschfeindlichen Türken „lieb Kind macht“. Den Erdogan-Leuten gehört immer wieder klar gemacht, dass sie hier nicht erwünscht sind und eher heute als morgen zu ihrem Führer in die heißgeliebte Türkei zurück gehen sollen.

Abschließend noch etwas Geschichtsunterricht für die in Lauerstellung wartenden Erdogan-Freunde. Es waren deutsche mit polnischen Truppen vereint, die zweimal vor Wien dafür sorgten, dass Westeuropa vor der osmanischen Terrorherrschaft verschont blieb und sich zum Weltzentrum der Wissenschaft und Aufklärung entwickeln konnte. Den einzigen türkischen „Sieg“ wollen wir natürlich nicht unterschlagen. Am 23. Februar 1945,

also keine drei Monate vor der bedingungslosen Kapitulation der deutschen Wehrmacht, erklärte die Türkei dem deutschen Reich den Krieg, und ist somit Weltkriegsgewinner.